



Integrationsausschuss

46. Sitzung (öffentlicher Teil)¹

10. Juni 2015

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis Uhr 16:05 Uhr

Vorsitz: Arif Ünal (GRÜNE)

Protokoll: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|----------|---|----------|
| 1 | Personalgewinnung des Landes Nordrhein-Westfalen muss der gesellschaftlichen Vielfalt gerecht werden | 5 |
| | Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/6855 | |
| | Ausschussprotokoll 16/786 | |
| | <u>In Verbindung mit:</u> | |
| | Berufsausbildung junger Menschen mit Migrationshintergrund - Eine repräsentative Befragung von Betrieben | |
| | Bericht durch Herrn Prof. Dr. Josef Rützel | |
| | – Bericht durch Prof. Dr. Josef Rützel | 5 |
| | – Beantwortung der Fragen | 8 |

¹ nichtöffentlicher Teil mit TOP 12 siehe nöAPr 16/148

Mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der CDU sowie bei Stimmenthaltung von FDP und Piraten lehnt der Ausschuss den Antrag ab.

2 Gesetz über die Feststellung eines zweiten Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2015) 12

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/8650

Der Ausschuss kommt überein, den Gesetzentwurf ohne Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben.

3 Gesetz zur Sicherung von Schullaufbahnen und zur Weiterentwicklung des Schulrechts (12. Schulrechtsänderungsgesetz) 13

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/8441

Ausschussprotokoll 16/907

Einstimmig beschließt der Ausschuss, den Gesetzentwurf ohne Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben.

4 Flüchtlinge in NRW brauchen einen Flüchtlingsbeauftragten und verbindliche Standards 14

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/7152 (Neudruck)

Ausschussprotokoll 16/870

– Auswertung der Anhörung 14

- 5 Städte und Gemeinden bei der Unterbringung von Flüchtlingen unterstützen!** 16
- Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/8122 (Neudruck)
- Der Ausschuss beschließt, sich nachrichtlich an der Anhörung zu beteiligen.
- 6 Salafismus konsequent mit den Mitteln des Rechtsstaats bekämpfen!** 17
- Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/6127
- Ausschussprotokoll 16/826
- Mit den Stimmen von SPD, Grünen und Piraten gegen die Stimmen von CDU und FDP lehnt der Ausschuss den Antrag ab.
- 7 EU-Aufnahmeregelungen ab dem 1. Juni 2015** 21
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/2968
- Aussprache 21
- 8 Umsetzung der integrationspolitischen Ergebnisse der bisherigen Flüchtlingsgipfel** 25
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/2967
- Aussprache 25

9 Die Anerkennung der Flüchtlingspolitik als gemeinsame Herausforderung von Bund, Ländern und Kommunen entlässt die Landesregierung nicht aus ihrer Verantwortung 28

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/8639

- Der Ausschuss beschließt, sich an einem Fachgespräch im federführenden Ausschuss nachrichtlich zu beteiligen. 28

10 Arbeit und Ausbildung sind Schlüssel zur Integration - Neue Möglichkeiten des Arbeitsmarktzugangs für Flüchtlinge effektiv nutzen, Förderungslücken schließen 29

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/8656

Entschließungsantrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/8743

- Der Ausschuss beschließt, sich im Rahmen einer Pflichtsitzung an der Anhörung zu beteiligen.

11 Verschiedenes 30

Der Ausschuss beschließt den Terminplan 2016.

* * *

3 Gesetz zur Sicherung von Schullaufbahnen und zur Weiterentwicklung des Schulrechts (12. Schulrechtsänderungsgesetz)

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/8441

Ausschussprotokoll 16/907

Vorsitzender Arif Ünal teilt mit, der Gesetzentwurf sei nach der ersten Lesung an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung - federführend -, an den Hauptausschuss sowie an den Integrationsausschuss überwiesen worden.

Im federführenden Ausschuss sei am 13. Mai 2015 eine öffentliche Anhörung von Sachverständigen durchgeführt worden. Das Ausschussprotokoll 16/907 liege vor.

Der federführende Ausschuss werde seine Beratungen am 17. Juni 2015 abschließen. Insofern sei heute die letzte Möglichkeit, ein Votum zu dem Gesetzentwurf abzugeben.

Ralf Witzel (FDP) legt dar, die Anhörung habe gezeigt, wie schwierig die jetzt entstehende Situation sei. Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts müsse nun entsprechend umgegangen werden, auch wenn man sich anderes gewünscht habe. Das in Rede stehende Gesetz führe bei den Betroffenen vor Ort zu Schwierigkeiten, sachgerechte Abwägungsentscheidungen zu treffen. Von daher werde seine Fraktion den Gesetzentwurf ablehnen.

Dr. Anette Bunse (CDU) pflichtet dem bei. Zwar sei auch ihre Fraktion an dem Gesetzentwurf beteiligt, aber die Kritik der FDP werde geteilt. Sie hoffe auf eine Lösung.

Torsten Sommer (PIRATEN) weist darauf hin, dass der federführende Ausschuss zurzeit an der Formulierung eines gemeinsamen Änderungsantrages arbeite.

Jutta Velte (GRÜNE) gibt zu bedenken, dass seitens der Kirchen und Religionsgemeinschaften die Änderungen in diesem Bereich begrüßt worden seien. Auch sie finde es gut, dass nun auf der gesetzlichen Ebene Klarheit bestehe.

In Anbetracht dessen, dass der federführende Ausschuss bestrebt sei, einen gemeinsamen Änderungsantrag zu formulieren, schlage sie vor, den Gesetzentwurf ohne Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben.

Einstimmig beschließt der **Ausschuss**, den Gesetzentwurf ohne Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben.

